

Energie-Control Austria für die Regulierung  
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

**Per E-Mail an: [tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)**

Kontakt  
DI Ursula Tauschek

DW  
223

Unser Zeichen  
TA/CF - 19/2017

Ihr Zeichen

Datum  
16. 11. 2017

### **Stellungnahme der Sparte Netze zum Entwurf der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 (SNE-V 2018)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Oesterreichs Energie Sparte Netze bedankt sich für die Gelegenheit, zum vorliegenden Entwurf Stellung nehmen zu dürfen.

#### **Unsere wesentlichen Kritikpunkte an dem Begutachtungsentwurf der SNE-V 2018 sind:**

1. Die Bestimmung des Netznutzungsentgelts muss eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Grund- und Leistungspreise beinhalten. Die Notwendigkeit zu einer stärkeren Gewichtung ist im vorliegenden Entwurf SNE-V 2018 nicht im angestrebten Ausmaß abgebildet. Aus Sicht von Oesterreichs Energie sollten diese **Erhöhungen sehr viel ambitionierter** in Angriff genommen werden. Zudem ist für eine Gleichbehandlung aller Netzbereiche eine schrittmäßige Vergleichmäßigung der prozentuellen Leistungspreisanteile je Netzebene zielführend.
2. Von einer Ausweitung der Erbringung von Regelreserve (§ 5 Z 9) auf die Netzebene 7 in der Verordnung muss zum gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand genommen werden.  
Die Erbringung von Regelreserve kommt aktuell vorwiegend nur in der NE 3 und NE 4 zur Anwendung, obwohl eine Ausweitung auf die NE 5 und NE 6 bereits vor einigen Jahren vorgenommen wurde.
3. Wir erachten es für unsachgemäß, dass der Verteilnetzbetreiber für die Erbringung negativer Regelreserve, in Form niedrigerer Netztarife, Anreize bieten muss. Die Erbringung von Regelreserve ist nicht netz- sondern systemdienlich. Der Verteilnetzbetreiber hat daraus keinerlei Vorteile, möglicherweise sogar ein Netzengpassproblem. Das Bieten von Anreizen im Netztarif ist daher nicht verursachungsgerecht. Erhöhte Netzkosten bei der Erbringung negativer Regelreserve sind daher im Sinne der Verursachungsgerechtigkeit vom Regelzonenführer zu erstatten.

Zu 1.)

Nach Ansicht von Österreichs Energie erfordert eine nachhaltige Netztarifstruktur Ausgewogenheit zwischen Kostenverursachung und Lenkungseffekt. Diese muss schrittweise über kurz- und mittelfristige Anpassungsschritte erreicht werden. Zeitnah begonnen werden muss mit einer Fokussierung auf eine Grund- und Leistungskomponente. Mittelfristig sind die Ansprüche an die Eigenschaften einer neuen Netztarifstruktur „Kostenorientierung, Verursachungsgerechtigkeit, Gleichbehandlung aller Systemnutzer und entsprechender Lenkungseffekt“ auf Basis der gemessenen Leistung umsetzbar. Die Vorbereitung darauf sollte jetzt begonnen werden und hat schrittweise in den nächsten Jahren zu erfolgen.

Grundpreiskomponente nicht leistungsgemessene Kunden:

Aufgrund noch fehlender Messwerte zur tatsächlichen Bezugsleistung stellt der Grundpreis bei nicht leistungsgemessenen Kunden die einzige Möglichkeit dar, in pauschalierter Form kapazitäts- bzw. leistungsbezogene sowie fixe Anteile der Netzkosten in einer Entgeltkomponente abzubilden.

Soweit bei der Verrechnung der Grundpreiskomponente eine Bezugnahme auf eine beanspruchte Leistung möglich ist (z.B. durch Sicherungsgrößen), ermöglicht dies auch einen Anreiz zur Vergleichmäßigung der Netzauslastung, welche in Folge Netzausbaukosten reduzieren kann (kostenschonend, sozial- und verursachungsgerecht). Die Anpassung kann wie bisher erlösneutral je Netzebene erfolgen: Jede Grundpreisanhebung führt zu einer gegenläufigen Arbeitspreisanpassung.

Im Branchengutachten „Evaluierung der Grundlagen und Weiterentwicklung der Systemnutzungs-/entgelte/-regelungen im Bereich der öffentlichen Elektrizitätsnetze“ wird daher eine deutliche Erhöhung des Leistungspreis-Erlösanteils (auf einige 10 % in Netzebene 7) vorgeschlagen.

Bemerkenswert unter diesem Aspekt ist, dass die LP-Pauschale – im gegenwärtigen Entwurf – in der NE7 (nicht gemessen) mit € 30,-- unverändert bleibt, während die Arbeitspreiskomponente in einzelnen Netzbereichen erhöht wurde. Das hat zur Folge, dass der Leistungspreisanteil auf Netzebene 7 dadurch im Verhältnis in den meisten Netzbereichen sogar sinkt!

Leistungspreiskomponente (LP) für leistungsgemessene Kunden:

Derzeit ist der Leistungspreis in den österreichischen Verteilernetzen mit einem Erlösanteil von rund 20 bis 50 % (je nach Netzebene und Tarifbereich) gegenüber dem Arbeitspreis aus Sicht der Kostenverursachung tendenziell unterrepräsentiert.

Die in Anspruch genommene Leistung ist für einen großen Teil der Netzkosten die verursachungsgerechte Tarifierungsgröße, da die Netze auf die höchste Leistungsanforderung hin ausgelegt werden müssen. Kostenbestimmend ist dabei vor allem die zeitgleiche Höchstlast des Kollektivs aller Nutzer eines zusammenhängenden Netzbereiches (einschließlich der nachgelagerten Netzebenen).



Aus Sicht der Kostenverursachung ist daher eine Erhöhung des LP-Erlösanteils bzw. die Änderung der Verrechnungsmethodik (z.B. Verrechnung einer Mindestleistung) notwendig. Je höher die Spannungsebene, desto geringer sind auf Grund der geringen Anzahl der an diesen Netzebenen angeschlossenen Netzbewerber die Durchmischungseffekte und desto stärker hängt die Netzauslegung von individuellen Höchstlasten der Netznutzer ab.

Eine Erhöhung des LP-Erlösanteils sowie eine Staffelung des LP-Anteils nach Netzebenen (zu höheren Spannungen hin steigender LP-Anteil) sind daher notwendig.

Zu 2.)

Im Begutachtungsentwurf der Strom-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 wird vorgesehen, dass die Erbringung von Regelreserve ebenfalls in der Netzebene 7 möglich ist. Die geplante Ausweitung bedeutet eine neue, zusätzliche Umsetzung durch die Netzbetreiber und lässt damit einhergehend noch wesentliche zu klärende Fragen offen. Der hohe Verwaltungs- und Abrechnungsaufwand, welcher zu einer allgemeinen Tarifierhöhung führen wird, wird den Vorteil des Einzelnen bei Weitem übersteigen und ist somit volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt.

Vor einer Erweiterung muss von der Behörde jedenfalls überprüft werden, ob der durch die Ausweitung der Regelreserve erwartete volkswirtschaftliche Mehrwert in einem Verhältnis zu den bei den Netzbetreibern zusätzlich anfallenden Mehrkosten steht, der letztendlich von den Kunden zu tragen ist.

Zu 3.)

Wie schon in unseren Stellungnahmen zu früheren SNE-VO angemerkt, erachten wir es für unsachgemäß, dass der Verteilernetzbetreiber für die Erbringung negativer Regelreserve, in Form niedrigerer Netztarife, Anreize bieten muss.

**Zu den einzelnen Punkten des Begutachtungsentwurfes nehmen wir wie folgt Stellung:**

### **Zu § 3: Kostenwälzung**

Ohne die Detailkenntnis zur durchgeführten Wälzung könnte für Außenstehende der Eindruck erweckt werden, dass die Zusatzkosten für Engpassmanagement überwiegend auf einzelne Ebenen und Netzbereiche und so nicht gleichmäßig auf alle Netzkunden verteilt werden, obwohl das Engpassmanagement ja gleichermaßen allen Kunden nutzt. Bezüglich Weiterentwicklung und Anpassung der Wälzungsmethode steht Österreichs Energie für Diskussion und sachlichen Beitrag zur Verfügung.

**Zu § 5 Abs. 1 Z 1 bis 7: Netznutzungsentgelt**

Die Tarifänderungen der Netznutzungsentgelte sind sehr ungleichmäßig über die Netzbereiche und über die Netzebenen verteilt. Österreichweit schwanken die Tarifänderungen zwischen -4,5 % und + 24,7 %, obwohl die Kosten- und Mengenentwicklung bei den Verteilnetzbetreibern innerhalb der Regulierungsperiode recht stabil ist.

Dies führt zu teils bemerkenswerten Verzerrungen sowohl zwischen den Netzbereichen als auch innerhalb der Netzbereiche zwischen den Netzebenen. Auch unter Berücksichtigung der wesentlich erhöhten Kosten für Redispatching/Engpassmanagementmaßnahmen im vorgelagerten Netz und der Wälzungssystematik sind die Tarifanpassungen für uns nicht nachvollziehbar.

Die bisher vorgenommenen Erhöhungen der Grund-/Leistungspreisanteile sind grundsätzlich zu begrüßen. Zur Erreichung einer zukunftsorientierten sowie verursachungsgerechten Netzentgeltverrechnung und der damit verbundenen Erhöhung der Grund-/Leistungspreisanteile ist auch in den kommenden Jahren eine Erhöhung der Grund-/Leistungspreisanteile erforderlich. Für eine Gleichbehandlung aller Netzbereiche ist zudem schrittweise eine Vergleichmäßigung auf Basis des prozentuellen Leistungspreisanteils anzustreben.

Für NE 7 nicht gemessen kommt es z.B. durch die einheitliche Anpassung der Pauschalpreise auf 30 Euro/Jahr zu stark unterschiedlichen prozentuellen Leistungspreisanteilen mit einer österreichweiten Bandbreite zwischen 12 und 22 %.

Für gemessene Tarife NE 3 bis NE 7 sind ebenfalls stark unterschiedliche prozentuelle Leistungspreisanteile erkennbar, die im Sinne einer Gleichbehandlung aller Netzbereiche entsprechend zu adaptieren sind.

Die unter Ziffer 7 angeführten unterbrechbaren Tarife wurden in Bezug auf ihre Höhe sehr unterschiedlich je Netzbereich festgelegt. Unter dem Aspekt, dass hier ein erhebliches Potenzial bezüglich Demand Side Management (Nachtspeicherheizung, Wärmepumpe, Boiler, etc.) vorhanden ist und zum anderen unterbrechbare Kunden zur Glättung von Leistungsspitzen wesentlich beitragen, sollte hier in jenen Netzbereichen, wo hohe Tarife angesetzt wurden, eine deutliche Reduktion der Entgelte durchgeführt werden.

Durch die hohe Fixkostenbelastung des zusätzlichen Zählpunktes wird der unterbrechbare Tarif für die Kunden zunehmend unwirtschaftlich. Der Netzbetreiber verliert dadurch ein wesentliches Instrument zur Netzsteuerung.

In Anbetracht der Tatsache, dass unterbrechbare Kunden die Ökostrompauschale, die KWK-Pauschale und die Leistungspreiskomponente des Ökostromförderbeitrags bereits über den ersten Zählpunkt bezahlen, erscheint eine zusätzliche Belastung des unterbrechbaren Zählpunktes nicht sachgerecht.

Generell sollten daher die unterbrechbaren Zählpunkte von den genannten Fixkostenbelastungen befreit werden.



**Zu § 5 Abs. 1 Z 9 - Netznutzungsentgelt für Regelreserve**

Grundsätzlich stehen wir der Erbringung von negativer und positiver Regelreserve durch Netzkunden positiv gegenüber, sofern ihr ein positiver volkswirtschaftlicher Nutzen gegenübersteht.

Wir sehen hier durchaus die Rolle des Verteilnetzbetreibers als Market Facilitator und Datendrehscheibe, welcher die dafür notwendigen Daten an die berechtigten Marktteilnehmer übermittelt.

Wie aber schon in unseren Stellungnahmen zu früheren SNE-VO angemerkt, erachten wir es für unsachgemäß, dass der Verteilnetzbetreiber für die Erbringung negativer Regelreserve, in Form niedrigerer Netztarife, Anreize bieten muss. Die Erbringung von Regelreserve ist nicht netzdienlich sondern systemdienlich. Der Verteilnetzbetreiber hat daraus keinerlei Vorteile, möglicherweise sogar ein Netzengpassproblem. Das Bieten von Anreizen im Netztarif ist daher nicht verursachungsgerecht. Erhöhte Netzkosten bei der Erbringung negativer Regelreserve sind daher im Sinne der Verursachungsgerechtigkeit vom Regelzonenführer zu erstatten.

Von uns abgelehnt wird zum gegenwärtigen Zeitpunkte die Ausdehnung der Möglichkeit zur Regelreserveerbringung auf NE 7.

Vor dem Hintergrund des Smart Meter Rollouts macht diese Maßnahme erst dann Sinn, wenn der Regelreserveerbringer in der NE 7 über einen Smart Meter verfügt und die Verfügbarkeit von ¼-h-Messwerten gewährleistet ist. Ein weitgehend flächendeckender Smart Meter Rollout ist aber erst in einigen Jahren zu erwarten.

Bei einer Ausweitung auf die Netzebene 7 muss davon ausgegangen werden, dass durch die Möglichkeit von Poolbildungen (Teilnahme einer größeren Anzahl von kleineren Anlagen) der Verwaltungsaufwand unverhältnismäßig mehr steigt als dadurch positive Effekte für die Liquidität des Regelreservemarktes erreicht werden können. Daher sollte derzeit von einer Ausweitung auf die NE 7 abgesehen und vorerst die diesbezüglichen Entwicklungen in den übrigen Netzebenen beobachtet werden.

Aktuell werden Anwendungen vor allem in der NE 3 und NE 4 nachgefragt!

Im Sinne einer verursachungsgerechten Kostentragung ist betreffend Regelenergie anzuführen, dass diese ausschließlich vom Regelzonenführer benötigt bzw. abgerufen wird und somit auch die gesamte verrechnungstechnische Abwicklung mit dem Regelenergieanbieter bzw. Regelreserveerbringer vom Regelzonenführer durchzuführen ist. Die beim Regelzonenführer entstehenden zusätzlichen Kosten sind sodann über die Netznutzungsentgelte der NE 1 bzw. NE 2 weiter zu verrechnen.

Jedenfalls ist anzumerken, dass die Netzentgeltverrechnung mit dem Regelenergieanbieter und der Datenaustausch mit dem Regelzonenführer (insbesondere auch bei der Ausweitung auf die NE 7) einen beträchtlichen Zusatzaufwand für Verteilernetzbetreiber darstellt, welcher in der aktuellen Kostenbasis und somit für die gesamte 4. Regulierungsperiode nicht abgebildet wäre und somit zu einer Kostenunterdeckung für Verteilernetzbetreiber führt.

Wie eingangs bereits erwähnt, ist darüber hinaus ein eigener Netztarif für die Erbringung negativer Regelreserve aus mehreren Gründen abzulehnen. Neben den oben erwähnten

Gründen hat der einzelne Regelreserveerbringer in der Netzebene 7 eine relativ geringe Netzkostenersparnis.

**Konkret steht den Kosten durch die Implementierung eine Ersparnis von einigen 10 Cent pro Monat gegenüber.**

Rechenbeispiel:

Netzkostenersparnis durch Erbringung negativer Regelreserve normiert auf 1 kW \* 100 h/anno auf NE7 (Arithmetisches Mittel der Arbeitspreiskomponenten der Netznutzungstarife ohne Mengengewichtung über Österreich ohne Kleinwalsertal).

|                         |  |
|-------------------------|--|
| NE 7 gemessene Leistung | MW AP: 2,59 Cent/kWh.....Ersparnis durch RR: 2,50 Cent/kWh |
| NE 7 LPP nicht unterbr. | MW AP: 4,25 Cent/kWh.....Ersparnis durch RR: 4,17 Cent/kWh |
| NE 7 unterbrechbar      | MW AP: 2,57 Cent/kWh.....Ersparnis durch RR: 2,49 Cent/kWh |

Damit beträgt die Ersparnis pro 1 kW und 100 h (= 100 kWh/a):

|   |                  |
|---|------------------|
| NE 7 gemessene Leistung...Ersparnis durch Erbringung von Regelreserve:  | 20,80 Cent/Monat |
| NE 7 LPP nicht unterbr.....Ersparnis durch Erbringung von Regelreserve: | 34,80 Cent/Monat |
| NE 7 unterbrechbar.....Ersparnis durch Erbringung von Regelreserve:     | 20,80 Cent/Monat |

Das ergibt unter Zugrundelegung eines realen Betriebsmittels:

Heißwasserspeicher 200l, 1,5 kW  
Energieverbrauch: ca. 7 kWh/Aufladung  
(Erwärmung von 200l um 30 C)

⇒ Jahresenergieverbrauch ca. 2500 kWh – das sind etwa 1600 „Ausnutzungsstunden“

Annahme:

Etwa 10 % der Zeit für Regelreserve nutzbar ⇒ 160 Stunden

|                               |                                       |
|-------------------------------|---------------------------------------|
| NE 7 LPP nicht unterbrechbar: | $34,80 * 1,5 * 1,6 = 83,5$ Cent/Monat |
| NE 7 unterbrechbar            | $20,80 * 1,5 * 1,6 = 49,9$ Cent/Monat |

Dazu ist noch anzumerken, dass Betriebsmittel wie Heißwasserspeicher oder Elektroheizungen üblicherweise am unterbrechbaren Tarif angeschlossen sind, somit Netzdienstleistungen erbringen und naturgemäß nur zeitlich begrenzt (z.B. von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr) freigeschaltet sind. Außerhalb dieser Zeit sind sie abgeschaltet und somit auch für den Regel-



reserveanbieter nicht verfügbar. Das Regelreservepotential ist dann aber sehr eingeschränkt. Um dieses Potential ausschöpfen zu können, müsste man das Betriebsmittel also auf den nicht unterbrechbaren Tarif umlegen, dann verliert aber der Kunde den Vorteil des unterbrechbaren Tarifes und der Netzbetreiber netzdienliche Flexibilität, bekommt damit möglicherweise ein Netzengpassproblem, was einen Netzausbau auslöst!

Die Erweiterung der Möglichkeit zur Erbringung von Regelreserve auf Netzebene 7 ist im Lichte der spezifischen Besonderheiten dieser Netzebene also wohlüberlegt durchzuführen, eingebettet in begleitende Maßnahmen wie weitestgehend flächendeckender SM-Rollout, Einführung der Leistungsmessung in NE 7 für alle Kunden und Berücksichtigung der Erfordernisse der Verteilnetzbetreiber hinsichtlich netzdienlichem Flexibilitätseinsatz.

#### **Zu § 10 Abs. 1 Z 5: Entgelt für Messleistung**

Aktuell ist für die Montage, Demontage oder den Austausch von Messeinrichtungen ein Betrag in Höhe von EUR 20,00 als Höchstpreis definiert. Dieser erscheint unseres Erachtens zu gering bemessen, da mit diesem Betrag nicht nur der Wechsel der Messeinrichtung durch einen Netzmitarbeiter sondern auch dessen Anfahrt, die Terminvereinbarung und die Geräte-Verwaltung in den Systemen abzudecken ist.

Unseres Erachtens wäre ein Höchstpreis in Höhe von EUR 50,00 als sachgerecht anzusehen.

#### **Zu § 10 Abs. 4 Z 6: Entgelt für Messleistung – Messeinrichtung durch den Netzbenu- tzer**

Die Möglichkeit, ein intelligentes Messgerät durch den Netzbenu-  
tzer zur Verfügung zu stellen, muss gestrichen werden. Eine Integration eines „eigenen“ intelligenten Messgeräts in das geschlossene System der Netzbetreiber kann aus Security-Aspekten nicht möglich sein.

#### **Zu § 11 Abs. 1 Z 2 lit b: Entgelte für sonstige Leistungen – Abschaltung oder Wieder- einschaltung**

Dazu wird vorgeschlagen, dass in den Erläuterungen eine Erklärung, welche Tätigkeiten die Formulierung „Abschaltung oder Wiedereinschaltung aus anderen Gründen vor Ort“ konkret umfasst, aufgenommen wird.

Im Speziellen stellt sich die Frage, ob bei „Abschaltung oder Wiedereinschaltung“ auch „Arbeiten wegen Dritter“ gemeint sind.

#### **Zu § 11 Abs. 1 Z 4 lit a: Entgelte für sonstige Leistungen – Überprüfung der Mess- einrichtung**

Der Entgeltsatz für die Überprüfung der Messeinrichtung vor Ort ist nicht kostendeckend und sollte daher deutlich angehoben werden:

Tatsächlich stellt sich bei einer Zählerprüfung auf Kundenwunsch nämlich in aller Regel heraus, dass der Zähler die Verkehrsfehlergrenzen erfüllt und dass die Ursache für einen

Mehrverbrauch in der Kundenanlage zu finden ist. Um den Kunden bestmögliche Information zu geben, erfolgt eine umfassende Überprüfung vor Ort im Beisein des Kunden. Diese Überprüfung nimmt aber eine gewisse Zeit in Anspruch.

Mit dem aktuellen Verrechnungssatz ist rein eine Prüfung der Messeinrichtung selbst möglich. Da wir im Zuge der Vor-Ort-Prüfung tatsächlich häufig der Ursache eines Mehrverbrauches auf die Spur kommen, würde diese Einschränkung der Prüfungstätigkeit für die betroffenen Kunden eine Verschlechterung von Beratung und Service bedeuten.

### **Zu § 11 Abs. 1 Z 5: Entgelte für sonstige Leistungen – gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen gem. § 16a EIWOG 2010**

Die Einführung eines sonstigen Entgeltes für die Dienstleistung des Netzbetreibers in Bezug auf die Verrechnung und Aufteilung der Erzeugungs- und Verbrauchsanteile für teilnehmende Berechtigte von gemeinschaftlichen Erzeugungsanlagen gemäß § 16a EIWOG 2010, Novelle 2017, ist jedenfalls zielführend, da damit der daraus resultierende zusätzliche Aufwand für Netzbetreiber verursachungsgerecht an den Netzbenutzer weiterverrechnet werden kann.

Grundsätzlich ist anzuführen, dass die im Begutachtungsentwurf angeführte Höhe der Entgelte als zu niedrig zu werten ist, wobei eine Abschätzung über den tatsächlichen Aufwand (Systeme derzeit noch nicht einsatzbereit) aktuell noch nicht möglich ist. Allenfalls ist je nach Inanspruchnahme der monatliche Verrechnungspreis pro Zählpunkt der Beteiligten einer gemeinschaftlichen Erzeugungsanlage in Höhe von EUR 0,50 ebenfalls zu valorisieren, da ein hoher Aufwand für die Ertüchtigung der Systeme zu erwarten ist.

Des Weiteren ist festzuhalten, dass der zusätzliche Aufwand für Netzbetreiber in Bezug auf gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen in der anerkannten Kostenbasis seitens ECA sowohl für die 3. Regulierungsperiode (bis 2018 – Kostenprüfungsbasis 2011) als auch für die gesamte 4. Regulierungsperiode (noch festzulegen – Kostenprüfungsbasis 2016/2017) nicht enthalten ist. Gleichzeitig werden allerdings die Sonstigen Entgelte im Regulierungskonto seitens ECA berücksichtigt, wodurch Mehrerlöse aus der Verrechnung des Aufwands für gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen automatisch kostenbasismindernd berücksichtigt werden. Dadurch kann der gegebene Zusatzaufwand für Netzbetreiber nicht durch zusätzliche Erlöse gedeckt werden.

Zur sachgerechten Abbildung des zusätzlichen Aufwands für Netzbetreiber in Bezug auf gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen sind demnach bis zum – noch festzulegenden – Ende der 4. Regulierungsperiode die daraus resultierenden zusätzlichen Erlöse aus der Verrechnung der entsprechenden Sonstigen Entgelte bei der Ermittlung des jährlichen Regulierungskontos und somit der jährlich anerkannten Netzkostenbasis nicht zu berücksichtigen bzw. sind die Kosten für die Implementierung entsprechend anzuerkennen.



**Zu § 11 Erläuterungen: Entgelte für sonstige Leistungen**

In den Erläuterungen wird die Streichung des Entgelts für „*Tägliche Fernauslesung eines Lastprofilzählers und elektronische Datenübermittlung*“ mit der erforderlichen Gleichstellung von Lastprofil-gezählten Kunden mit Smart Meter-Kunden begründet.

Dieses Entgelt ist nur für die tägliche Fernauslesung mit entsprechendem Mehraufwand angefallen. Sollten nun alle Lieferanten die Daten von Lastprofil-gezählten Kunden täglich anfordern, würde das einen enormen Mehraufwand (Systemanpassungen etc.) für den Netzbetreiber bedeuten.

**Zu § 12 Abs. 5: Verrechnung und Veröffentlichung der Entgelte**

Für Arbeiten an Hausanschlussleitungen oder Messeinrichtungen, die vom Kunden verursacht wurden, muss der NB zukünftig einen Kostenvoranschlag für die Maßnahme legen – diese Verpflichtung erscheint uns aufgrund der bestehenden konsumentenschutzrechtlichen Vorschriften den Kostenvoranschlag betreffend entbehrlich.

Die ebenfalls festgelegte Verpflichtung, dem Kunden für die Errichtung einer Zähleinrichtung ab einem Betrag in Höhe von EUR 200,00 eine Ratenzahlung zu ermöglichen, sehen wir ebenfalls kritisch.

Die Höhe dieses Betrages könnte eine große Zahl von Ratenvereinbarungen auslösen, da viele Anlagen betroffen wären. Die Überwachung der Einhaltung dieser Ratenvereinbarungen verursacht unseres Erachtens einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand. Daher ist es unserer Meinung nach geboten, den letzten Satz des § 12 Abs. 5 zu streichen.

Des weiteren wird vorgeschlagen, dass in den Erläuterungen eine Erklärung, welche Tätigkeiten die Formulierung „Arbeiten an der Hausanschlussleitung“ konkret umfasst, aufgenommen wird.

**Sonstiges:****Zu § 2 Abs. 1: Begriffsbestimmung**

Wir ersuchen um Ergänzung der Definition von „intelligentes Messgerät“ (z.B. in § 10 Abs. 1 wird beschrieben, dass gewisse Zählungen mittels intelligentem Messgerät ersetzt werden können).

Ziffer 3: Da es keine verordnete Pauschale für leistungsbezogenes Netznutzungsentgelt auf der Netzebene 6 gibt, sollte die Wortfolge „den Netzebenen 6 oder 7“ durch die Wortfolge „der Netzebene 7“ ersetzt werden.

**Zu § 4 Z 6: Allgemeine Vorgaben für Netznutzungsentgelt**

Wir erlauben uns, vorzuschlagen, die bestehende Definition in Ziffer 6 folgendermaßen zu erweitern:

*„Die Anlage des Netzkunden ist mit einer Mindestgröße auszustatten. Sämtliche Komponenten der Anlage des Netzkunden müssen auf die angegebene Leistung dimensioniert sein*

*und es ist ein Netznutzungsrecht, eine je nach Netzebene angeführte Mindestleistung zu erwerben, um die Netznutzung auf der jeweiligen Netzebene zu ermöglichen.“*

**Zu §§ 5 und 6: Netzverlustentgelt und Netzbereitstellungsentgelt**

Wir erlauben uns, darauf hinzuweisen, dass die Nummerierung einzelner Paragraphen fehlerhaft ist:

Die Bestimmungen zum Netzverlustentgelt und Netzbereitstellungsentgelt sind als §§ 5 und 6 bezeichnet. Richtigerweise wären diese jedoch als §§ 6 und 7 zu bezeichnen.

**Zu § 10 Abs. 5: Entgelt für Messleistung**

Unserer Ansicht nach sind die Querverweise in Z 1 und Z 2 zum § 2 Abs. 1 nicht korrekt.  
Beispiele:

- für die Zählungen lt. Z 4, 5 und 14 darf nichts in Rechnung gestellt werden
- für Z 8 (Definition von SHT) wird EUR 150 verrechnet, für Z 9 (Definition von SNT) jedoch nicht
- für Z 15 (Definition von WHT) wird EUR 20 verrechnet, für Z 16 (Definition von WNT) jedoch nicht

Wir danken für die Kenntnisnahme der Anliegen von Oesterreichs Energie und ersuchen um deren Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Leonhard Schitter  
Präsident



Dr. Barbara Schmidt  
Generalsekretärin